

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nebianka 15. ☐ Krištof: 26703, 31460. ☐ (Nachredaktion): 26707 ☐ Dofschbram: 37544

13. Jahrgang.

Dienstag, 7. Feber 1933

Nr. 32.

Neuer Staatsstreich in Preußen.

Die Hoheitsregierung abgesetzt, das Urteil des Staatsgerichtshofes mit Füßen getreten. — Die Auflösung des Landtages wird erzwungen.

Die Reichsregierung hat den Reichspräsidenten eine Verordnung unterzeichnen lassen, die von der größten Tragweite für die weitere Entwicklung in Deutschland ist. Die Gewaltenteilung, die der von der Preußener Regierung angelegte Staatsgerichtshof in seinem Urteil vorgezeichnet hatte, war zwar tatsächlich nur eine Teilung zwischen Macht und Recht, aber das Urteil hat immerhin dem Ministerpräsidenten Brauns die Entscheidung über das Auflösen des Landtages belassen. Die Reaktion will jedoch auch im größten deutschen Land Kolonialpolitik durchzuführen lassen und so entschloß sie sich denn nach der Ablehnung des Auflösungsantrags durch den

Landtag zu dem neuen Schritt, der der Verfassung ins Gesicht schlägt und lediglich der Ausdruck brutalsten Machtwillens ist. Die Rechtsunsicherheit, die jetzt in Deutschland herrscht, ist durch den neuen Verfassungsbruch ungemein verschärft worden; er kann die schwersten Folgen für das Verhältnis zwischen den Ländern und der Reichsregierung haben. Die Neuerungen der bayerischen Regierung, die von einer „Sicherung der Freiheit Bayerns“ sprechen, lassen, wenn die Reichsregierung auf dem nun beschrittenen Wege weiterwandeln sollte, für die Reichseinheit schlimmste Gefahren befürchten.

Die Staatsstreichverordnung.

Berlin, 6. März. (Wolff.) Es wird folgende „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ veröffentlicht:

Auf Grund des Artikel 48, Absatz 1 der Reichsverfassung verordne ich folgendes:

§ 1. Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seiner Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.

§ 2. Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Dem Schritt der Reichsregierung fehlt jede Rechtsgrundlage. Seine Begründung ist ungenügend, ist engstirnig, höhnend und frech. Sie schreibt der preussischen Staatsregierung die Schuld zu, daß es nicht zu einem Zusammenarbeiten zwischen ihr und der kommissarischen Regierung gekommen sei. In Wirklichkeit war es die kommissarische Regierung, die nicht nur eine solche Zusammenarbeit verweigerte, sondern sich sogar weigerte, das Urteil des Staatsgerichtshofes auszuführen. Die Rechtsunsicherheit in Preußen und die in der Notverordnung als klagenswert hingestellte Gewaltenteilung ist ja von der Reichsregierung geschaffen worden. Die Herstellung rechtlicher Zustände hätte nur in der Wiedereinsetzung der Regierung Brauns in ihre verfassungsmäßigen Rechte bestehen können.

auch formal bestätigt. Dem deutschen Volk wird der Rechtsboden entzogen, auf dem es um seine Freiheit kämpft. Das hat nicht nur zu bedeuten, daß der reaktionären Willkür Tür und Tor geöffnet wird, sondern auch, daß die Arbeiterklasse sich nicht mehr an das geschriebene Recht gebunden sehen muß.

Verfassungsfragen sind Nachfragen; das hat der 20. Juli bewiesen, das beweist der neue Schritt der Faschistenregierung, ein Schritt, der nur diktiert ist von dem Willen, die Faschistenherrschaft in dem größten deutschen Lande zu verankern.

Die Reichsregierung, die mit der Notverordnung „stabile“ Verhältnisse schaffen zu wollen vorgibt, wird bald merken, daß sie die Entwicklung erst richtig in Fluß gebracht und Kräfte entfesselt hat, die nunmehr, durch keine Rücksicht auf geschriebenes Recht gebunden, wirken können.

Landtagsauflösung verfügt!

Auf Grund dieser Verordnung hat der preussische Landtagspräsident Axel das Dreimännerkollegium erneut einberufen, jedoch nicht mehr den Ministerpräsidenten Brauns, sondern den Reichskommissar von Papen eingeladen, worauf dann von den beiden gegen den Protest

Dr. Abenauer, des Präsidenten des Staatsrates, die Auflösung des preussischen Landtages zum 4. März beschlossen wurde. Die Neuwahl soll gleichfalls am 5. März erfolgen.

Klage beim Staatsgerichtshof.

Die rechtmäßige preussische Staatsregierung wird wegen der Staatsstreichverordnung beim Reichsgericht Klage erheben. Sie verweigert sich auf das Schärfe gegen die Entscheidung, daß das Land Preußen seine Pflichten gegenüber dem Reich verletzt habe. Die Bildung einer Reichsregierung durch die NSDAP, eine Reichsregierung, die das Zentrum scheiterte daran, daß die Reichsregierung ihrerseits keine verpflichtende Zu-

sicherung abgab, daß sie nach Bildung dieser Regierung den für Preußen eingesetzten Reichskommissar zurückziehen werde. Zur vorzeitigen Auflösung eines Landtages besteht im übrigen keinerlei rechtliche Pflicht, geschweige denn eine Pflicht gegenüber dem Reich. Die Reichsregierung hatte nicht einmal eine Aufforderung zur Auflösung an die preussische Regierung gerichtet!

Scharie Kampfansage des Zentrums.

Berlin, 5. Feber. Der dem Reichsparteitag der Zentrumspartei hielt am Sonntag der Parteivorstande Prälat Dr. Kaas eine programmatische Rede über die Politik des Zentrums, in der er zunächst auf seinen Briefwechsel mit dem Reichskanzler verwies, aus dem hervorgehe, daß das Zentrum bereit gewesen sei, eine sachliche Regierungsbildung zu ermöglichen. Wir haben, so fuhr Prälat weiter, allerdings wissen wollen, was die Regierung wollte, wogegen der Kurs ging. Gerade weil wir wußten, was die Regierung übernom-

men hatte, aber nicht einwandfrei wissen konnten, wer regiert, hatten wir ein Recht zu fragen, was diese Regierung wollte — und nur nach dem Was konnten wir unsere Entscheidung treffen.

Wer als Regierung einen Vierjahresplan hatte, mußte sich der Volksvereinerung stellen. Die Regierung hat die Gelegenheit nicht ausgenutzt.

In der sodann angenommenen Entschließung wird festgestellt, daß man das Zentrum von der Mitarbeit ausschließen will; das Zentrum habe, indem es Mitarbeit verlangte, nicht „für links optiert“. Der Kampf gehe um das Recht.

„Die Begründung“.

Berlin, 6. Feber. (Wolff.) In der Begründung zur Verordnung über die Übertragung der Befugnisse des preussischen Staatsministeriums auf den Reichskommissar wird auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hingewiesen, in der es u. a. heißt:

„Soweit die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Geschäfte in einem Art führen sollte, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zu erblicken ist, würde der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48, Absatz 1, weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können. Im übrigen stehe es bei dem preussischen Landtag, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustande ein Ende bereit werden könne.“

In Anblich hieran wird in der Begründung zu der Verordnung ausgeführt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohl des Staates unvereinbar sei. In den Handlungen des Landtages und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich bewirkten, daß dieser Zustand aufrechterhalten bleibe, liege die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Notverordnung beruhe.

Die Entwicklung der Regierungsverhältnisse in Preußen hat den Reichspräsidenten noch einmal veranlaßt, einzugreifen. Eine Möglichkeit, auf der Grundlage des Urteils des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 zu geordneten Verhältnissen zu gelangen, hat sich nicht ergeben. Vielmehr sind aus dem Nebeneinander zweier Regierungen in Preußen so unerträgliche Verhältnisse entstanden, daß ihre Beseitigung zur Wiederherstellung der Staatsautorität unbedingt geboten ist.

Hitlers Geschichtslügen werden plakatiert.

Auf Kosten des deutschen Volkes.

Berlin, 5. Feber. Der Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, den der Reichsführer im Rundfunk bekanntgegeben hat, ist heute in Berlin an allen Anschlagsäulen affigiert worden. Wie der „Völkische Beobachter“ mitteilt, wird der Aufruf Anfang nächster Woche im ganzen Reich plakatiert werden.

Hitler wollte Hindenburg die Hand küssen.

Wie man jetzt erfährt, ist es vor der Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung wieder einmal — um den Ausdruck Otto Straßers zu gebrauchen — zu einer „Hündchenjagd“ gekommen. Es war Hitler mitgeteilt worden, Hindenburg erwarte, daß er sich wegen gewisser Neuerungen, die er gegen den Reichspräsidenten getan hatte, entschuldige.

Hitler tat denn auch de- und wehmütig Abbitte, wobei er wieder einmal in Tränen ausbrach. Zum Schluß wollte der „Führer“ Hindenburg die Hand küssen. Angewidert von dieser Katastrophalität, wehrte Hindenburg ab und sagte nur: „Schon gut!“

Die Totenpropaganda vom Sonntag.

Kronprinz und Hitler Arm in Arm.

Berlin, 5. Feber. Am Sonntag nachmittags fand die Beisetzung der im Anschluß an den Fadelzug zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in Charlottenburg durch einen Feuerüberfall Gestörten, eines Hauptwachmeisters der Schupo, und des SA-Führers Makowski statt. An der Feier im Dom, wo zu Füßen des Altars die beiden silbernen Särge standen, nahmen u. a. Reichskanzler Hitler und Minister Göring in SA-Uniform, der Kronprinz in der Uniform der Totenopferbaren, Prinz August Wilhelm in der SA-Uniform teil. Am Grabe des gestörten SA-Führers sprach Dr. Goebbels. Für Reichskanzler Hitler legte Graf Helldorf einen Kranz nieder. Dann feierte Minister Göring die „Aufopferung“ und „Treu“ des gestörten Sturmführers.

Das Zinsenproblem und die Banken.

Die trotz aller Silberstreifen sich ständig noch verschärfende Wirtschaftskrise ließ in der Öffentlichkeit den Ruf nach einer ins Gewicht fallenden Senkung des Zinsfußes immer stärker werden. Die Automatik der kapitalistischen Wirtschaft, die bisher stets in Krisenzeiten nach einiger Zeit den Zinsfuß so herabgedrückt hat, daß eine Betätigung der Kapitalien direkt in der Wirtschaft größeren Profit verheißt als die Anlage in Banken und Sparkassen, hat diesmal total versagt und wir sehen die Zinsfüße noch immer auf einer Höhe, die nirgend auf die ganze Volkswirtschaft wirken muß.

Um dieser hinkenden Automatik nachzuheffen, ferner um dem allgemeinen Ruf nach einer Zinsenherabsetzung entgegenzukommen u. schließlich um den Boden für die geplante und unbedingt notwendige Investitionsanleihe vorzubereiten, hat die Nationalbank abermals den Diskontsatz u. zw. diesmal gleich um ein volles Prozent reduziert. Die Öffentlichkeit erwartet und verlangt nunmehr von den Geldinstituten, daß sie nicht nur die Zinsfüße absolut herabsetzen, sondern auch die Spannung zwischen dem Kredit- und Debitfuß vermindern. Doch da werden die Banken widerpenstig, können sich auf eine Herabsetzung der Zinsfüße nicht einigen und gerade die sonst so patriotische Zinobank marschiert — nicht zum ersten Male — an der Spitze der Fronde des Finanzkapitals. Und plötzlich stehen die Banken wiederum im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Das Zinsenproblem scheint sich wieder zu einem Problem unseres gesamten Geldwesens auszuweiten. Es scheint, daß trotz aller Sanierungen mit Hunderten von Millionen Steuerpöbeln, trotz Bankengesetz und aller Vorkehrungen von einer normalen Funktion der Banken in der Volkswirtschaft noch nicht gesprochen werden kann.

Es ist notwendig, den Tatsachen nachzuspüren, die den Mut der noch vor wenigen Monaten so kleinlauten Bankgewaltigen so anschwellen ließ, daß sie es für möglich erachten, der ganzen Öffentlichkeit und dem Druck der Regierung die Stirne zu bieten, jenen Tatsachen, die es zugelassen haben, daß sich die Bankgewaltigen so rasch von dem Schreck, in den sie infolge des Bankengesetzes verfallen sind, erholen konnten. Es sind zwei Dinge, die einem in diesem Zusammenhang ins Auge fallen, u. zw. die mangelhafte Durchführung des Bankengesetzes und das Vertrauen des Finanzkapitals auf das lächerliche Gebächnis und die Uninformiertheit der Öffentlichkeit.

Gar bald haben die Bankgewaltigen merken können, daß die Staatsgewalt, repräsentiert in diesem Falle durch das Finanzministerium, keinesfalls gewillt ist, dem Bankengesetz Leben in dem Sinne einzulassen, wie es den Urheber des Gesetzes vorgeschwebt haben mag. Nur wenige leitende Direktoren mußten infolge der Auswirkungen des Bankengesetzes ihren Direktorenplatz räumen, und kamen alsbald — ein moderner Phönix — in Gestalt von Verwaltungsräten oder Experten oder Beiräten wieder. Ihren alten Wirkungskreis, ja sogar ihre Zimmer haben sie behalten, nur der Titel hat gewechselt. Daß das Finanzministerium dieser Vorgangsweise — wir wollen uns höflich ausdrücken — zumindest wohlwollend gegenüberstand, hat die Bankgewaltigen dazu veranlaßt, jede Möglichkeit zu benutzen, um auf Kosten der kleinen Angestellten die Regie abzubauen und so die Möglichkeit zu behalten, gerade die hohen Funktionäre nach Möglichkeit vollständig an der Krippe zu lassen. Daher der Angriff auf das Vorniveau zunächst in den famerlen Ban-

*) Zoberst ist der Zinsfuß, den die Banken den Einlegern zahlen, Kreditfuß der Zinsfuß in dem sie Geld an ihre Schuldner borren.

ken — Moravia, Anglobank, Industrialbank n. a. Und als den Bankherren angekündigt wurde, daß eine Zinsenherabsetzung eventuell auf gleichlichem Wege erzwungen werden würde, da wußten sie, daß sie bei dieser Gelegenheit ein Übergewicht in Form einer im Gehege verantworten Möglichkeit der Gehaltensenkung unter Außerachtlassung von Kollektivvertraglichen oder sonstigen Verpflichtungen werden verlangen können. Und sie täuschten sich nicht in ihrer Erwartung, denn das Finanzministerium bot ihnen willig seine Hilfe und brachte tatsächlich einen solchen Antrag im § 17 des geplanten Gesetzes ein. Ausdrücklich vermerkt muß werden, daß dieser § 17 sich nunmehr auf alle Angestellten erstreckt hätte, nur nicht auf jene, auf welche das Bankengesetz sich bezieht. Die Banken hofften daher, die oben gezeigte Schwäche des Bankengesetzes weiter ausbauen und eine Preisde in die vertraglichen Rechte ihrer Subalternangestellten und darüber hinaus in die Einrichtung der Kollektivverträge überhaupt legen zu können unter ganz evidenter Schonung der Bankleitungen. Die Funktionalisierung der Senkung der Spannung zwischen Kredit- und Debitsatz mit einem gesetzlich sanktionierten Gehaltensabbau bei Subalternangestellten sollte ihnen dazu verhelfen.

Allen, die einigermaßen mit dem Bankbetriebe vertraut sind, ist es ganz klar, daß die offensichtliche Regie der Banken in diesem Zusammenhang gar keine Rolle spielt. Dies beleuchtet die Tatsache, daß es z. B. in der Anglobank notwendig wäre, die gesamte Personalregie zu streichen, um die Spannung um sage und schreibe 1,5% zu reduzieren, d. h. um so viel, als wir noch sehen werden, die Spannung in den letzten etwa 2 1/2 Jahren seitens der Banken erhöht wurde. Das Problem der Banken besteht vor allem in der „unsichtbaren Regie“, über die wir noch sprechen werden. Auch die Ziffern, die die Angestelltenvertreter sowohl den Regierungskreisen als auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht haben und die die Wechselwirkung der Zinssenkung und Senkung der Bezüge der Subalternangestellten beleuchten, beweisen die oben erwähnte Tatsache, denn selbst ein 10%iger linearer Abbau sämtlicher Bezüge (also auch der Funktionalen) in den Banken würde bei weitem nicht genügen, um eine Reduktion der Spannung auch nur um 1/4% herbeizuführen. Und nun erleben wir das erhebende Schauspiel, daß die absolute Zinsreduktion und die Senkung der Zinsspanne plötzlich zusammengeworfen werden, um auf diese Weise doch noch das Zweckmäßige einer Gehaltensenkung bei den Subalternangestellten nachzuweisen, die ja doch im Durchschnitt nur dazu reichen würde, die Sätze um etwa ein Achtel Prozent abzubauen. (Ersparnis bei einem Kredit von K 1.000.000.— etwa K 1250.— jährlich, bei zehn Millionen von etwa K 12.500.— jährlich für den Kreditnehmer!)

Haben die Banken einerseits, u. zw. leider nicht mit Unrecht auf die Hilfe der hohen Bürokratie im Finanzministerium gerechnet,

so verlassen sie sich andererseits, wie schon gesagt, auf das schlechte Gedächtnis und die Uninformiertheit der Öffentlichkeit. Doch wir wollen hier eben jenem schlechten Gedächtnis nachhelfen und auch zu einer richtigen Informierung der Öffentlichkeit beitragen.

Bei der folgenden Betrachtung wollen wir vollkommen von den verschiedenen Provisions absehen, die Banken in Anrechnung bringen, und nur die den Schuldner in Anrechnung gebrachten Zinsen einerseits und die den Einlegern in Kontokorrent vergüteten Zinsen andererseits und damit auch die jeweilige Zinsspannung betrachten, die angeblich, nach Mitteilungen der bürgerlichen Blätter, „seit Jahren stabil geblieben ist“.

Vom 1. Juli 1930 bis etwa Ende Jänner 1931 berechneten die Banken im Debit mindestens 7 1/4% an Zinsen, im Kredit 4%, so daß die Spannung 3 1/4% betrug. Anfang Feber 1931 wurde der minimale Debitsatz auf 7%, der Kreditsatz auf 3 1/4% gesenkt, die Spannung stieg auf 3 1/2%. Im August 1931 wurde der Debitsatz auf 7 1/4% hinaufgesetzt, der Kreditsatz blieb unverändert, die Spannung stieg auf 4 1/4%. Ende September 1931 wird der Debitsatz auf 9%, der Kreditsatz auf 4 1/4% erhöht, die Spannung steigt auf 4 1/2%. Erst im Oktober 1932 wird der Debitsatz auf 8 1/4%, der Kreditsatz auf 3 1/4% ermäßigt, wodurch sich die Spannung auf „nur“ 4,5% reduziert. Hierbei muß noch beachtet werden, daß die Banken, die vielen Schuldner noch höhere Sätze, als die oben angegebenen, anrechnen, jede Erhöhung des Debitsatzes generell durchführen, während die Senkung der Debitsätze in vollem Ausmaße nur wenigen bevorzugten Großkundschaften zugute kommt, so daß die tatsächlich erfolgte Erhöhung der Spannung noch wesentlich höher als oben errechnet zu veranschlagen ist.

Vernachlässigt man diese Tatsache und geht man nur von der oben errechneten Spannung aus, so kommt man dazu, daß die Banken nur aus dem Titel der allmählichen Erhöhung der Spannung sehr beträchtliche Summen verdient haben müssen. Im Durchschnitt kann man bei den Großbanken mit einer Summe von je 10 bis 15 Millionen im Jahre 1931 und von je 25 bis 30 Millionen im Jahre 1932 rechnen, die sich als zusätzlicher Gewinn der Handelsbanken präsentieren. Und auf einmal soll eine Reduktion dieser Plusgewinne für die Banken vollkommen untragbar sein?

Den Banken, heißt es, geht es schlecht. Und doch kann die offensichtliche, unter dem Titel Personal- und Sachaufwand figurierende Regie, wie mehrfach erwähnt, nicht der Stein des Anstoßes sein. Hier muß noch eine unsichtbare Regie mitwirken, die allem Anscheine nach viel schwerer ins Gewicht fällt als die offensichtliche. Und dem ist auch so.

Bei der Struktur unseres Geldwesens sind unsere Geldinstitute Eigentümer einer großen Anzahl von Konzernunternehmungen. Und vielen dieser Konzernunternehmungen geht es schlecht. Dennoch werden in der Indu-

strie noch immer horrenden Gehalte an die Leitungen bezahlt, die zwar indirekt, aber sehr fühlbar den Banken zur Last fallen. Viele Einzel- und Gesellschaftsfirmen sind bis über die Ohren an die Banken verschuldet — dennoch entnehmen die „Inhaber“ derselben Millionenbeträge „ihren“ Unternehmungen, die dann in Form von Abschreibungen sei es von angelasteten Zinsen, sei es von der Kapitalkapital wieder die Banken belasten. Aber die führenden Kapitalisten haben ein Herz für Leute ihres Standes: Erscheint ihnen bei einem Beamten mit Familie ein Gehalt von 24 bis 30 Tausend jährlich untragbar hoch, so finden sie, daß ein noch so verschuldeter Industrieller bedauernswürdig ist, wenn er nicht mehr wie früher mehrere Millionen, sondern kaum eine halbe bis eine Million im Jahr für sich ausgeben darf. Denn sie wissen diese Herren nach ihren eigenen Bedürfnissen. Und immer wieder muß man der Öffentlichkeit wiederholen, daß nach Angaben der Bankleitungen selbst, die in den letzten Generalver-

sammlungen erfolgt sind, 8 leitende Direktoren der Livno kaum 4,5 Mill., 6 leitende Direktoren der Bebea kaum 3,6 Mill., 5 leitende Direktoren der V. U. B. jedoch „nur“ 2,25 Mill. im Jahre netto beziehen, wobei sämtliche Steuern und soziale Abgaben von den Banken getragen werden.

Die oben erläuterte unsichtbare Regie bildet dennoch ein größeres Problem der Banken als selbst noch so überhöhte Gehalte der eigenen Direktoren, denn sie geht in die Gehntmillionen. Das Bankenproblem läßt sich heute nicht mehr bei den Banken selbst lösen. Die Banken sind auf Gedeih und Verderb mit der Industrie verbunden. Wenn das Finanzministerium daher das Bankenproblem bei den Banken ansieht, so handelt es, wie etwa ein Landarzt handeln würde, wenn er bei einer schweren Blutkrankheit nur den sichtbaren Hautausschlag des Patienten mit Zinksalbe kuren wollte. Aber bei Landärzten dürfte heute eine solche Heilbehandlung kaum anzutreffen sein

Wie kann der Landwirtschaft geholfen werden?

Aus der Budgetrede des Genossen Schweichhart.

Prag, 6. Feber. In der Budgetdebatte hatte Genosse Schweichhart am Samstag in sachkundiger Weise die schwierigen Probleme der Landwirtschaft in der heutigen Krisenzeit und die Möglichkeit ihrer Lösung auf Grund sozialistischer Erkenntnisse eingehend erörtert und dabei u. a. ausgeführt:

Wir erkennen durchaus an, daß die heimische Landwirtschaft mit großen Sorgen zu kämpfen hat. Ob die Verschuldung der Landwirtschaft tatsächlich bereits 30 Milliarden beträgt, wie behauptet wird, soll nicht näher untersucht werden; drückend ist sie auf jeden Fall, namentlich für jene, die in den verschollenen Zeiten guter Konjunktur die Wirtschaft zu den damaligen hohen Preisen übernahmen. Die angestrebte Zinsfußherabsetzung ist deshalb zu begrüßen.

Da Preissteigerungen der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt so bald nicht zu erwarten sind, wird der Kostensenkung der landwirtschaftlichen Produktion große Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Ohne Zweifel sind Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen usw. viel zu teuer. Die Schuld daran liegt meist in den hohen Kartellpreisen! Der auch vom Ministerpräsidenten angekündigte Kampf gegen den Preiswucher der Kartelle muß zuletzt im Interesse der Landwirtschaft geführt werden.

Minister Podza hat mit Recht darauf verwiesen, daß die Lösung der Agrarkrise nicht regional, sondern nur im Verband mit möglichst vielen Staaten also international, erfolgen müsse. Das hindert nicht, daß auch im Wege der Selbsthilfe und durch staatliche Maßnahmen eine Erleichterung gesucht wird. Genosse Schweichhart bespricht diesbezügliche Vorschläge von agrarischer Seite (Sektionschef Dr. Reizner) und erklärt dann, daß wir Sozialdemokraten schon an die tausend Male betont haben, daß das ewige Auf und Ab der Preise infolge der kapitalistischen Produktionsanarchie und der Spekulation für die Landwirtschaft höchst verderblich ist und

daß daher möglichst stabile Preise, die einen gerechten Lohn für die mühselige Arbeit des Landmannes bedeuten, ein Hauptziel erfolgreicher Agrarpolitik sein müssen.

Wenn Sektionschef Reizner feststellt, daß die gleichen Ziele und die sonstigen vom Parlamente beschlossenen Agrargesetze sich günstig auswirken, so anerkennt er damit indirekt auch die Mitarbeit der Sozialdemokratie zugunsten der Landwirtschaft.

Es ist bemerkenswert, daß Landwirtschaftsminister Dr. Podza unter Hinweis auf den gemischt industriell-agrarischen Charakter des Staates die gebotene Berücksichtigung der industriellen Interessen betont. Damit ist von dieser Seite dem unsinnigen Gedanken der Antarktis der Kampf gegeben worden!

Zu den wichtigsten Agrarproblemen gehört aber die Frage des erhöhten Abjages besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte, wie Butter und Fleisch. Mit vollem Recht weisen namhafte Agrarpolitiker auf die unbedingte Notwendigkeit eines erhöhten Konsums hin.

Wenn es gelänge, die Kaufkraft der Einwohner der Tschechoslowakei auch nur soweit zu heben, daß sich jeder so viel Lebensmittel kaufen kann, als wir für einen Arbeiter aufwenden, so wäre damit bereits unendlich viel für die Landwirtschaft getan!

In klarer Erkenntnis dessen hat der frühere reichsdeutsche Ernährungminister von Schlangenscheidt auf die innige Verbindung der Agrarkrise mit dem Industrie- und Arbeitslosenproblem hingewiesen. Bei uns dagegen gibt es nicht wenige Agrarier, die eine Herabsetzung der angeblich zu hohen Löhne bemerkt fordern und damit die Kaufkraft der Massen noch weiter schwächen wollen. Das heißt doch schon den Akt abfagen auf dem man sitzt!

Wie sehr die Kaufkraft der Konsumenten mit dem Wohlergehen der Landwirtschaft zusammenhängt, zeigt eine interessante reichsdeutsche Statistik. In der Zeit von 1924 bis 1929 stieg der Reallohn der Arbeiter und Angestellten Deutschlands um 30 Prozent,

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.
Copyright by Hodelreiter-Verlag, Berlin.
Nachdruck verboten.

Der dicke Agent lächelte vergnüglich, als Male darauf aufmerksam machte, daß sie durchaus keine berühmte Tänzerin sei. Ja, wenn dieses Engagement zustande käme, so würde es erst ihr zweites sein. Der Dick beruhigte sie. Die Kellnerin in Hof seien nicht so wählerisch. Eher als auf eine Primaballerina läme es ihnen auf ein hübsches Model an. Und da wäre das Fräulein die Richtige, wie jeder sehen könnte, der nicht blind sei. Ungewohnt entkleidete er sie dabei mit den Händen.

Als Male dann die Bedingungen vernahm, kam sie sich wie unvorbereiteter Tanzstern erster Dienstadt vor. Für Abolierung des an Ort und Stelle erst festzusetzenden Tanzprogrammes sollte sie monatlich sechzig Mark bekommen, dazu effektive Verpflegung und Unterkunft frei, ebenso auch die Hin- und Rückfahrt frei. Die Fahrt sollte standesgemäß sein.

Die vier Tanzmädchen lernten sich erst kennen, als sie eine Viertelstunde vor Abgang des Zuges von dem auf dem Bahnhof wartenden Agenten die Fahrkarten in Empfang nahmen. Er geleitete sie durch die Sperrtore nach dem Zug. Als sie aus dem Bahnhof rollten, der Agent also außer Hörweite war, gingen die drei neuen Kolleginnen Males zu schimpfen an. Sie bemängelten, daß sie im gewöhnlichen Personenzug auf Seitenbänken nach Bayern fahren müßten. Standesgemäß laut Vertragsbedingung würde D-Zug sein und Polsterklasse. Da würde die Fahrt keine zehn Stunden dauern.

Male verhielt sich dazu still, denn sie fand ihre Lage durchaus nicht bedauernswert. Da war

ein Herr, der einem auf Anhieb und freundlich eine Stellung vermittelt, ohne daß man — sie erinnernte sich an die „Königin Luise“ — Geld zu zahlen brauche. Er steckte ihr die Fahrkarte in die Hand, legte sie in die Gesellschaft dreier Mädchen und Kolleginnen, und wenn man am Ziel ankomme, würde man Arbeit, Verdienst, Nahrung und Unterkunft vorfinden. Mehr konnte man nach Males Meinung wirklich nicht verlangen.

Die Ankunft in Hof gestaltete sich allerdings weniger freundlich, als Male erwartete. Die Mädchen mußten sich mühsam nach dem Gasthof durchfragen, wo man sie nicht sehr liebevoll empfing. Je zwei der Mädchen bekamen ein Zimmer mit zwei Betten. Das Offen fand sogar die doch behagliche Male gewöhnlich und unzureichend. Morgens gab es schlechten Kaffee mit einem Brötchen, nachmittags das gleiche. Das Mittagmahl und das ihm gleichende Abendessen bestand fieberlich aus Rüchensabfällen, denn wenn es dieselben Speisen gewesen wären, die das Hotel sonst seinen Gästen vorsetzte, hätte es sich keine Woche halten können. Die Mädchen täuschten oft, was sie eigentlich schliefen.

Am andern Tag begann das Auftreten. Die Mädchen tanzten vor den vornehmsten Gesellschaftskreisen der Stadt. Aber Male fand, daß das Publikum auf dem Pächterfelder Kummel auch nicht gemeiner geguckt, gelächelt und gejoist hatte. Nur daß hier alles etwas leiser und weniger auffällig vor sich ging.

Nach der Arbeit wollten die Mädchen sich ermuntern auf ihr Zimmer zurückziehen um schlafen zu geben. Da aber trat der Geschäftsführer, ein dicker Baper mit prächtlichem Schnurrbart und direktorialem Cutaway auf sie zu und verstellte ihnen auf der Treppe den Weg. Wohin die Damen denn wollten?

„Schlafen wollt ihr schon gehen? Das ist ja eine ganz neue Mode! Für wollt wohl zu sein für die Unterhaltung der Gäste kein? Maria, meine Damen, begeben Sie sich nach den Gast-

räumen. Die Gäste brennen darauf, Sie kennen zu lernen.“

Die Mädchen waren so eingeschüchtern, daß sie nicht zu widersprechen wagten. Gehoramt und wortlos folgten sie der ausgestreckten Hand des Geschäftsführers in das festsaalähnliche Gastzimmer, wo schon für jede eine Tasse Kaffee und ein Glas Bier bereitstanden.

Es waren hier keine Frauen zugegen. Im Ru hatten sich um jedes der Mädchen zwei oder drei Herren gesammelt. Junge, die den großstädtischen Lebensstil, und alte, die den lebenserforderten Gemüther markierten. Male elckte sich vor den Komplimenten über ihren Tanz und ihren Körper ebenso wie vor den geilen Anspielungen und eindeutigen Joten, die um so widerlicher wirkten, weil man doch in den Tänzerinnen scheinbar die Dame respektierte.

Bedend vor Erregung stand Male nach einer Viertelstunde auf und verließ ohne Gruß das Zimmer. Vor der Tür fing der Geschäftsführer sie ab. Was nun wieder los sei? Male sagte, sie wolle schlafen gehen, weil sie den Ton der Herren unanständig fände. Der Geschäftsführer betonte, es handle sich um die feinsten Herren der Stadt, denen eine aus Berlin heringeschickte Tänzerin unmöglich den Ton vorzuschreiben könne. Es sei ihre Pflicht, sich zur Verfügung der Herren zu halten. Male entgegnete, daß von dieser Verpflichtung nichts in den Abmachungen stünde, die sie in Berlin unterschrieben habe. Sie würde sonst schwerlich hergekommen sein. Der Geschäftsführer wollte aufstehen, mäßigte sich aber und versuchte, Males Brust zu drücken. Das geschah auf offener Treppe. Male ließ ihn stehen und ging auf ihr Zimmer. Am liebsten hätte sie ihm die Faust ins Gesicht geschlagen, aber sie fürchtete dadurch das Engagement zu verlieren.

Am nächsten Tage bekam Male noch schlechteres Essen als ihre drei Kolleginnen und auch viel weniger als sonst. Sie hungerte. Am Abend nach der Vorstellung weigerte sie sich von vorn-

herein, mit den Kolleginnen in das Gastzimmer zu gehen. Sie verweigerte, die Mädchen zu beurlauben, gleich ihr zu handeln, da doch solche Verhältnisse gegen den Vertrag und auch gegen die guten Sitten seien. Die Mädchen getrauten sich nicht, ihr zu folgen.

Am anderen Tage hielt es Male vor Hunger nicht mehr aus. Sie sprach bei dem Geschäftsführer vor und bat um den bis zu dem Tage fälligen Lohn, damit sie sich etwas zu essen kaufen könne. Der Geschäftsführer lehnte ab und murmelte undeutlich: Wer nicht hören will, muß fühlen. Male eruchte ihn, sich näher zu erklären. Klipp und Kor sagte er ihr darauf, daß sie sich abends ohne Freverei zur Verfügung der Herren zu halten habe, wenn sie satt werden wolle. Male fing an zu weinen und schrie ihm ihre Empörung ins Gesicht. Das sei ja nichts anderes als Mädchenhandel! Er seigte höhnisch. Als sie in ihrer Erregung laut wurde und immer wieder von Mädchenhandel sprach, überhäufte er sie mit wüsten Schimpfworten, die Male aber zum größten Teil nicht verstand, da sie sich fast ausschließlich auf bayerische Urslaute beschränkten. Aber so viel begriff Male doch, daß sie hier nur bleiben könne, wenn sie sich dazu verstand, den Wünschen der Herren gefällig zu sein.

Sie verlangte darauf, unverzüglich aus dem Vertrage entlassen zu werden, da er nicht zu halten würde. Sie eruchte um sofortige Auszahlung des ihr bis jetzt zulebenden Lohnes und des vertraglich festgesetzten Geldes für die Rückfahrt. Der Geschäftsführer weigerte sich zu zahlen und nannte sie eine lächerliche Frau.

Bis zu dieser Minute hätte Male sich nicht getraut, die Polizei aufzusuchen. Aber sie fühlte sich im Augenblick so überdrüssig, so sehr in ihrem Rechte, so sehr einer mächtigeren Hilfe bedürftig, daß sie vom Acker weg zur Polizei eilte, ohne zu überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

Kartellgesetz in Polen.

Warschau, 5. Februar. (Tsch. P. B.) Der polnische Ministerrat hat den Entwurf eines Kartellgesetzes verabschiedet. Der Entwurf sieht die Begründung eines Kartellgesetzes vor, das auf Grund des Handelsmittels alle Kartellverträge ganz oder teilweise aufheben kann. Dies soll geschehen, wenn Kartellverträge volkswirtschaftlich schädlich wirken, und insbesondere, wenn sie die Preise ungerechtfertigt erhöhen oder auf einer volkswirtschaftlich schädlichen Höhe erhalten.

wobei die Verkaufserlöse der Landwirtschaft um 32 Prozent zunehmen. Mit der steigenden Krise und den fallenden Löhnen jedoch sinkt der Verkaufserlös von 1929 bis 1931 automatisch um 27 Prozent!

Da durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem in der Industrie, auf 40 Stunden in der Woche die Zahl der Beschäftigten und damit der Volkseinkommen steigen würde, sollte man auch in dieser Beziehung von agrarischer Seite vernünftiger vorgehen als bisher.

Auch im Kampf gegen den verteuerten Zwischenhandel gehen die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten und der Konsumenten konform. Welch große volkswirtschaftliche Bedeutung der direkte Warenverkehr zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und Konsumenten hätte, geht daraus hervor, daß in Deutschland bei einem Verkaufspreis von 20 Milliarden für Agrarprodukte die Landwirtschaft davon nur 9 Milliarden erhält!

So sehr wir einer aufrichtigen Zusammenarbeit mit den agrarischen Vertretern der Landwirtschaft das Wort reden, so sehr müssen wir darauf verweisen, daß diese Zusammenarbeit

nur auf dem Boden der Demokratie

möglich ist. Wenn die Agrarier mit dem Faschismus liebäugeln, wenn reaktionäre „Landständische“ Gedanken propagiert werden und der Herrschaft an die Wiedereinführung des Stimmwahlrechts für die Gemeinden denkt, so trägt dies zu einer Verständigung zwischen uns und den Agrariern ebenso wenig bei wie die Verweigerung einer demokratischen Wahlreform für die Landeskulturräte. Die Umgestaltung der Landeskulturräte im demokratischen Sinne muß ebenso erfolgen wie die endliche Erneuerung des Pächterbüchergesetzes!

Genosse Schweichhart beipflichtet dann eingehend unsere Forderungen hinsichtlich einer Reform des Jagdgesetzes, des Exekutionsgesetzes und auf dem Gebiete des Steuerwesens. Die Pflege des landwirtschaftlichen Volkswirtschaftswesens genügt noch lange nicht den gesteigerten Ansprüchen der Gegenwart; auch das ländliche Gesundheits- und Fürsorgewesen läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Abschließend stellt Genosse Schweichhart fest, daß nur eine im sozialen Sinn geführte planvolle Bedarfsdeckungswirtschaft, die unter öffentlicher Kontrolle steht, auch der Landwirtschaft das bringen wird, was sie braucht: Abfall und stabile Preise. Nicht die Verschärfung kapitalistischer Methoden, wie sie die Agrarier wollen, bedeuten die Sicherung der Existenz der Landwirte, sondern die organische Entwicklung zur sozialistischen Planwirtschaft. (Lebhafte Beifall.)

Montag nachmittags wurde die Aussprache über die letzte Gruppe fortgesetzt. Genossin Wotny befaßte sich mit dem Kapitel Gesundheitsministerium, wobei sie auf die Forderung nach Umgestaltung der Krankenhäuser sowie auf die endliche Befreiung der Kulturhande von Sozialzins, die durch das Verhalten des Staates gegenüber den dortigen Bergarbeitern gegeben ist, das Hauptgewicht legte. Wir werden die Rede noch im Auszug nachtragen.

Dienstag soll in den Abendstunden programmgemäß die Abstimmung über das Budget erfolgen.

Die nächste Plenarsitzung soll dann erst am Freitag stattfinden. Die geplante Mittwochsitzung entfällt, weil über das Teufelsgesetz für Kasin und Stefani noch Differenzen bezüglich des Grades der Ehrung, bzw. darüber bestehen, ob nicht auch noch andere verdiente Männer, so der verstorbenen Ministerpräsident Zulfar, einbezogen werden sollen.

Am Freitag soll dagegen bereits der Ausschlußbericht über das Auslieferungsgesetz gegen die fünf Dakenkreuzler im Plebiszium aufgelegt werden; die Aussprache darüber soll dann am Samstag erfolgen, vorausgesetzt, daß der Ausschluß am Donnerstag bereits zu einem bestimmten Beschluß kommt.

Die endgültige Stellungnahme der einzelnen Koalitionsparteien zu dem Auslieferungsgesetz dürfte erst in verschiedenen Besprechungen im Laufe des Dienstag und Mittwoch geklärt werden.

Zur Frage der Selbständigenversicherung

Genosse Schweichhart in der Budgetdebatte namens unserer Partei einen durchaus positiven Standpunkt ein. Es ist wohl überflüssig zu sagen, erklärte er, daß wir Sozialdemokraten ganz unbedingbar daran sind, daß die Selbständigerversicherung noch immer nicht Gesetz ist. Wir haben auf deren Kommissarität um so mehr hingewiesen, als 71 Prozent aller Landwirte Kleinlandwirte sind, die sich ein selbständiges, auskömmliches Ausgeburge meist nicht leisten können, abgesehen davon, daß das Ausgeburge recht häufig zu Streitigkeiten zwischen Alten und Jungen, ja zu Totschlag und Mord führt. Wir würden es also nur begrüßen, wenn für die selbständigen Landwirte und Gewerbetreibenden eine angemessene gesetzliche Altersversicherung bald Platz greifen würde!

„Schutz dem deutschen Volke“ - Zurück zu Metternich!

Ungeheuerliche Presseknobelung. - Vernichtung der Wahlfreiheit. - Aufforderung zum Streik unter schweren Siraen.

Berlin, 6. Februar. Die bereits angekündigte Notverordnung zur verschärften Knobelung der Presse trägt frecher Weise auch noch den Titel „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes“. Sie regelt in den Abschnitten 1 bis 3 die Voraussetzungen, unter denen öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge verboten oder aufgelöst, periodische Druckschriften beschlagnahmt oder verboten und Sammlungen mit politischen Zwecken unterjagt werden können.

Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können im Einzelfall verboten werden, wenn eine „unmittelbare Gefahr“ für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Sie können aufgelöst werden, wenn in ihnen zum „Ungehorsam“ gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnung oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Organe, Einrichtungen oder leitende Beamte des Staats oder eine Religionsgemeinschaft beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden usw.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandelnde Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

Die Landesbehörden dagegen dürfen derartige Versammlungsverbote allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, sonst nur im Einzelfall verbieten. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft. Der Reichsminister kann außerdem derartige Verbote wieder aufheben.

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden, aus den gleichen Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit nach den Bestimmungen des Strafgesetzes oder des Gesetzes gegen den Verstoß militärischer Geheimnisse begründet wird, wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, gutgeheißen oder verherrlicht werden,

wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird,

noch ungeheuerlicher als die neue Notverordnung gegen die preussische Hoheitsregierung ist die soeben veröffentlichte Verordnung „Zum Schutze des deutschen Volkes“, die in Wahrheit eine Verordnung zum Schutze der Regierung vor dem deutschen Volke ist.

Sie befiehlt aus lauter Kautschukbestimmungen, die der Regierung nicht nur die Möglichkeit geben, nicht genehme Versammlungen zu verhindern, Versammlungen zu unterdrücken, sondern auch die Macht, unangenehme Zeitungen zu vernichten. Es können Zeitungsverbote bis zur Dauer eines Jahres verhängt werden.

Wenn Versammlungen „nach den Umständen“ eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind, können sie unterjagt werden; ob sie eine solche Gefahr sind, bestimmt die Polizei der faschistischen Regierung. Sie hat auch die Möglichkeit, Versammlungen für das ganze Reich zu verbieten und das Auftreten der proletarischen Wehrverbände zu unterjagen. Dem Verbot kommunistischer Kundgebungen wird, daran ist kaum zu zweifeln, nun ein allgemeines Verbot jener Versammlungen folgen, die dem Faschismus nicht passen.

Wie sehr die Regierung Angst vor einem Generalstreik hat, zeigt das Verbot, zu ihm in einer Druckschrift aufzufordern. Sie wird allerdings nicht verhindern können, daß sie ein Generalstreik in die

wenn in ihnen „offensichtlich unrichtige“ Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden.

Die Dauer des Verbotes kann bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate betragen. Beim dritten Verbot innerhalb dreier Monate können Tageszeitungen auf sechs Monate, andere auf ein Jahr verboten werden.

Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inlande erscheint, eine Veröffentlichung der im § 9 bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister ihre Verbreitung im Inlande bis zur Dauer von sechs Monaten verbieten. Gegen dieses Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig.

Öffentliche Sammlungen zu politischen Zwecken können von den obersten Landesbehörden verboten werden; das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen (!) beschränkt werden.

Für die Herstellung, Verbreitung oder Aufbewahrung von Druckschriften politischen Inhalts, aus denen die vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Druckort usw. fehlen, wird Gefängnis bis zu einem Jahr angedroht und Anzeigepflicht statuiert. Räumlichkeiten, die als Stützpunkte für politische Straftaten benutzt werden, können polizeilich geschlossen werden.

Protest des Reichverbandes der deutschen Presse.

Berlin, 5. Februar. Der Hauptauschuss des Reichverbandes der deutschen Presse hat am Sonntag in seiner Tagung in Berlin eine Entschlieung gefaßt, die dem Reichspräsidenten übermittelt wurde. Es heißt darin u. a.:

„Mit starkem Befremden hat der Reichsausschuss davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung zuhauen, Herr Reichspräsident, eine neue Verordnung vorschlägt, die die frühere Knobelung der Pressefreiheit wieder herstellen und aufheben noch verschärfen will.“

Der Reichsverband der deutschen Presse, in dem Journalisten aus allen deutschen Gauen ohne Unterschied der politischen Parteirichtung zusammengeschlossen sind, erhebt seine warnende Stimme gegen einen solchen Versuch, der der Presse die Erfüllung ihrer im Staatsinteresse liegenden Aufgabe der Mitwirkung an der Bildung der öffentlichen Meinung unmöglich machen und nach allen Erfahrungen der letzten Jahre sein Ziel völlig verfehlen würde.“

schwerste Gefahr bringt, wenn die Arbeiterklasse den Zeitpunkt für ihn als gekommen erachtet. Durch die Verordnung werden übrigens auch ausländische Zeitungen betroffen.

Das Verbot der Sammlungen für politische Parteien hat den Zweck, den der Faschistenregierung feindlichen Parteien zu schaden; die SA-Männer, die in den letzten Wochen mit den Sammelbüchern durch die Straßen Berlins liefen, haben das mit Rücksicht auf die der NS nun zur Verfügung stehenden Staatskasse nicht mehr nötig. Es ist selbstverständlich nicht zu erwarten, daß die faschistische Presse, die noch immer maßlos gegen politisch Andersdenkende heult, die zum Worte auffordert, von der neuen Verordnung berührt wird.

Der Wahlkampf soll sich so abspielen, daß die Arbeiterpresse mundtot gemacht und daß die Rechtspresse, noch unterstützt durch staatliche Mittel, ungehemmt ihre Verleumdungen ins Volk bringen kann.

Das faschistische Italien hat nach der Machtübernahme durch Mussolini innerhalb einige Jahre gebraucht, bis die Knobelung der antifaschistischen Presse vollzogen war. Die Herren Papen und Hitler wollen Mussolini übertreffen. Sie vergessen, daß sie nicht Mussolini sind und daß die deutsche Arbeiterklasse eben nicht die italienische ist.

Französische Sozialisten gegen eine Koalition.

Eine klare Entscheidung des Parteirates.

Paris, 6. Februar. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, also der sogenannte „Kleine Parteitag“, hat gestern Abend seine Tagung mit der Annahme einer von Severac-Blum eingebrachten Entschlieung abgeschlossen, in der es u. a. heißt:

Nach Prüfung der politischen Lage erinnert der Nationalrat die sozialistische Kammerfraktion an die strenge Verpflichtung, sich an die Kongreßbeschlüsse und die Statutengrundsätze zu halten. Selbst im Falle besonderer Umstände können die sozialistischen Parlamentarier ohne Zustimmung des Nationalrates sich nicht binden, und nur ein großer Parteitag darf über die Be-

teiligung an der Regierung beschließen. Der Nationalrat stellt fest, daß es unmöglich ist, sich mit den demokratischen bürgerlichen Parteien über einen Regierungsplan zu verständigen, was erst kürzlich wieder zutage getreten ist. Die Kammerfraktion darf auf Grund der Beschlüsse der Parteitage nicht an irgendwelchen Delegationen organischen und ständigen Charakters teilnehmen, durch die die Partei festgelegt wird und die dem fundamentalen Charakter der sozialistischen Partei als einer gegen das Kapital gerichteten Klasse zuwiderlaufen.

Diese Entschlieung wurde mit 2636 gegen 1070 Mandate angenommen.

Kobzinek und Gajdl werden ausgeliefert.

Wie die „Lidovsk Revnik“ aus Belgrod melden, haben die jugoslawischen Behörden den Wunsch des tschechoslowakischen Außenministeriums nach Auslieferung der Anführer des Brünner Putzches, Kobzinek und Gajdl, geprüft und sind nach gründlicher Untersuchung zur Auffassung gelangt, daß die Verfolgten als künftige Ausländer zu betrachten und der Tschechoslowakei auszuliefern sind. Die beiden Genannten werden in den nächsten Tagen in die Tschechoslowakei geschickt und den tschechoslowakischen Behörden übergeben werden.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister ermordet.

Der Mörder ein siebzehnjähriger Nazi.

Stahfurt, 5. Februar. Der erste Sozialdemokratische Abgeordnete der Wahlkreis Magdeburg im preussischen Landtag vertritt, wurde am Samstag Abend von einem 17-jährigen Gymnasialisten erschossen.

Nach einem Umzuge der NSDAP und des Stahlhelms war es am Samstag zu politischen Reibereien gekommen, bei denen ein Arbeiterfamariter verletzt wurde. Bürgermeister Kasten ließ darauf eine Person verfolgen und vernahm diese im Rathaus. Als er sich dann in seine Wohnung begeben wollte, trat ihm ein 17-jähriger Gymnasialist entgegen und schoß ihn mit den Worten: „Nun, jetzt heißt es abrechnen!“ nieder. Kasten wurde sofort operiert, erlag aber nach einigen Stunden seiner schweren Verletzung. Der Schiller wurde festgenommen. Die Polizei und die Magdeburger Vorkommission stellen gegenwärtig Untersuchungen an, ob an der Tat noch weitere Personen beteiligt sind.

Blutopfer ohne Ende.

In Chemnitz ereigneten sich anläßlich einer Kundgebung der Eisernen Front am Sonntag Nachmittag Zusammenstöße zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und Nationalsozialisten. Ein Reichsbannermann wurde getötet, zwei weitere wurden schwer verletzt. Mehrere Reichsbannerleute und Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen.

In Gladbach riefen überfiele mehrere Nationalsozialisten Montag früh ein überwiegend von Kommunisten bewohntes Barackenlager. Die Bewohner sollen mit Schußwaffen bedroht worden sein. Um dieselbe Zeit drangen bisher unbekannte Täter in das Antifa-Haus ein, wo sie die gesamte Einrichtung zerstörten.

Nach einer Demonstration der „Eisernen Front“ kam es in Breslau am Sonntag in verschiedenen Teilen der Stadt zu schweren Zwischenfällen, die ein Todesopfer und mehrere Verletzte forderten. Nachmittags gegen drei Uhr wurde ein Student, der das Abzeichen der „Eisernen Front“ trug, durch Stiche so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Unter dem Verdacht der Tat sind zwei Personen festgenommen worden.

In der Kölner Altstadt kam es in der Nacht auf Montag zu einer Schießerei, angeblich zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der vier Personen verletzt wurden, darunter zwei Männer durch Bauch- und Brustschüsse und eine Frau durch einen Rückenstich so schwer, daß sie im Krankenhaus sofort operiert wurden.

Die Wirtin des kommunistischen Verkehrslokals „Pappschachtel“ in der Rubensstraße in Berlin-Schöneberg, Anna Röde, die am Sonntag bei einem nationalsozialistischen Überfall auf das Lokal durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde, ist noch im Laufe der Nacht im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Duisburg-Hamborn, 6. Februar. Bei der Beerdigung des bei den Bombenunruhen erschossenen SA-Mannes Passenrath wurde der Zug der Nationalsozialisten ansehnend vom Eisenbahngelände aus, salbenartig beschossen. Die Menge, die auf der Straße Spalier bildete, tobte panikartig aus einander. Hierbei kamen viele Personen zu Fall.

Bei dem Feuerüberfall sind, wie bis jetzt feststeht, eine Zivilperson getötet und acht Personen verletzt worden.

Sonntag nachts wurde in Vohum-Berthe der SA-Führer Bahmann durch fünf Pistolenschüsse getötet.

Vierzehn Parteien!

Die Nummernfolge der Reichswahllisten.

Berlin, 6. Februar. Der Reichsminister hat die Nummernfolge der einzelnen Parteien zur bevorstehenden Reichstagswahl auf der Reichswahlliste wie folgt festgelegt: 1. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 3. Kommunistische Partei Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Bayerische Volkspartei, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Christlich-sozialer Volksdienst, 9. Deutsche Staatspartei, 10. Deutsche Bauernpartei, 11. Landbund (Württembergischer Weingärtnerbund), 12. Deutschhannoversche Partei, 13. Thüringischer Landbund, 14. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). Es sind entsprechende Bestimmungen auf Listenverbänden kleinerer Parteien im Gange, die das Ziel verfolgen, alle für diese Parteien abgegebenen Stimmen zu vermerken.

Schwärzeste Reaktion.

Genosse Hampf über den tschechischen Fascismus.

In scharfer Weise wandte sich Genosse Abg. Hampf, der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei, in seiner letzten Parlamentarrede gegen Gajda und seine Leute:

Unser Faschismus, welcher durch den Brünner Putsch in intensiverer Weise die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, ist das Produkt einiger Faktoren; es wäre falsch, über sie zur Tagesordnung überzugehen. Einerseits ist es das Suchen nach neuen Wörtern in einer Zeit scharfer wirtschaftlicher Not und starker Unzufriedenheit, andererseits ist es der Fall Gajdas, der mit freundlicher Hilfe einiger politischer Parteien außergewöhnliche Schwierigkeiten hervorrief, obwohl er ganz kurz und rücksichtslos hätte liquidiert werden sollen. Es sind die Reste eines verwundeten Nationalismus aus der Zeit, wo wir von Oesterreich beherrscht wurden. Politisch repräsentiert diese Richtung bei uns die schwärzeste politische und soziale Reaktion. Der Brünner Vorfall ist ein Memento, über welches wir nicht zur Tagesordnung übergehen können. Es ist ein Angriff auf die demokratische Einrichtung des Staates und den Staat selbst und bei wohlwollendster Beurteilung ein Inzident, welches in einer schwierigeren Situation das Signal zum allgemeinen Chaos hätte werden können. Nach allgemeiner Ansicht verlangt es das Staatsinteresse, daß die Schuldigen streng bestraft, vornehmlich aber, daß die intellektuellen Urheber bestraft werden. Die verantwortlichen Funktionäre im Staate müssen vollkommen deutlich erklären, daß die faschistische Bewegung mit dem staatlichen Gedanken unvereinbar und daß es notwendig ist, an allen Stellen, sei es in den Beamten oder in der Armee, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Gehässige Angriffe auf die Konsumvereine.

Genosse Schweichhart kam am Samstag in seiner Budgetrede u. a. auch auf die gänzlich ungerechtfertigten, ja gehässigen Angriffe zu sprechen, die der Deutschnationale Dr. Reibl im Ausschuss gegen die Konsumvereine unternommen hat.

Schweichhart hielt ihm vor, daß die Konsumvereine gemeinnützige Institute sind, die gerade den ärmsten Schichten die wertvollsten Dienste leisten. Hunderttausende Arbeiterfamilien erhalten in den Konsumvereinen nicht nur gute Ware bei vollem Gewicht und billigen Preisen, sondern auch Rückvergütungen, die jährlich oft hunderte Kronen betragen. Das alles bedeutet in der jetzigen Weltzeit eine wahrhaft soziale Tat. Die Konsumvereine durch Steuern leistungsunfähig machen zu wollen, wie es auch die Holentzweiler in Deutschland versuchen, wäre ein direkter Raub an den Armen der Armen. Dazu kommt, daß den Konsumvereinen auch viele Mitglieder aus den Kreisen der Angestellten, Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte angehören, daß man also auch diese Schichten schwer schädigen würde. Die stellen sich überdies die Herren Reibl und Geher eine Plamwirtschaft, deren Vorbereitung sie beantragt haben, ohne die breite Grundlagende der Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor?

Ein unerquidliches Kapitel!

Die staatliche Subventionswirtschaft.

Die am Samstag von Genossen Müller angeführten Beispiele für die Mißwirtschaft, die mit den staatlichen Subventionen vielfach getrieben wird, wurde später in der Budgetdebatte durch Genossen Schweichhart durch eine Reihe von Beispielen aus dem Wirkungskreis des Landwirtschaftsministeriums zu einem Gesamtbild ergänzt, das auf die staatliche Subventionierungspolitik ein mehr als schiefes Licht wirft.

Wir sind keine Feinde der staatlichen Unterstützung der Landwirtschaft, erklärte Genosse Schweichhart, aber es darf niemals so weit kommen, wie bei der Ostsee in Deutschland, wo die Großgrundbesitzer sich vom Staate geradezu aushalten lassen. Ich könnte eine lange Liste vorgekommener notorischer Ungerechtigkeiten feststellen. Bei den Ausforschungen von Unterstützungen für Elementararbeiten kam es z. B. im Kaplitzer Bezirk vor, daß Christlichsoziale und Landbändler bevorzugt wurden. Dieser Skandal, daß das Parteibuch entscheidend ist, muß endlich einmal aufgehört werden. Wir werden das uns vorliegende Material an den Landwirtschaftsminister weiterleiten und Abstellung dieser Protektionwirtschaft verlangen.

Dadurch, daß man in den Landeskulturämtern absichtlich die landwirtschaftlichen Bezirksverbände bevorzugt, an deren Spitze regelmäßig politische Sekretäre stehen, schädigt man bewußt die selbständigen Kleinbauernorganisationen. Diese Sekretäre sind Werkzeuge der Agrarier, die sich nicht scheuen, offen zu sagen: Sozialdemokraten bekommen keine Subventionen.

Ebenso scharf werden wir gegen die Methode aufzutreten, daß bei Vergabung von Subventionen z. B. an Molkereien die Bedingung geknüpft wird, daß die Maschinen bei einer bestimmten Prager Firma bestellt werden müssen.

Durch diese Verteilung von Subventionen mit unehörtiger einseitiger Protektion wird der Wert von Subventionen sehr illusorisch!

Nicht Tote und Hundert Verletzte in einer Pariser Autofabrik.

Paris, 6. Feber. In der Elektrizitätszentrale einer Autofabrik auf dem Kai Villancourt ereignete sich heute vormittags eine schwere Explosion. Bis jetzt zählt man acht Tote und etwa hundert Verletzte, darunter 30 Schwerverletzte.

Kurz vor Mittag erfolgte die Explosion eines großen Kessels in der Elektrizitätszentrale. Die Explosion war so heftig, daß die Metallteile des Kessels das Dach durchschlugen und zwei benachbarte Werkstätten vernichteten. Das Dach und das Mauerwerk dieser Werkstätten stürzten auf die dort beschäftigten Arbeiter, deren Zahl etwa 250 betrug.

Die Zahl der Toten und Verletzten konnte bisher nicht genau festgestellt werden, da am Nachmittag viele Arbeiter nicht in die Fabrik kamen, so daß ein genaues Verzeichnis der fehlenden Personen bisher nicht aufgestellt werden konnte. Feuerwehr und Arbeiter waren den ganzen Nachmittag mit der Aufräumung der Trümmer beschäftigt.

Die Polizei leitete sofort die Untersuchung

über die Ursache des Unglücks ein. Es scheint, daß der Kessel überhitzt war.

Der Grund der Kesselexplosion scheint die zu große Spannung gewesen zu sein, welche durch die hohe elektrische Energie deshalb verursacht wurde, weil in einem Teil der Fabrik eine Störung in der elektrischen Leitung eintrat und der ganze Betrieb mit Hochstrom versorgt werden mußte.

Ein Tank explodiert.

The Dalles (im Staate Oregon), 6. Feber. Gestern explodierte hier ein Tank mit Acosol, wodurch in der Eisenbahnschwellen-Fabrik der Pacificbahn ein Brand verursacht wurde. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt.

Tagesneuigkeiten

Die Forschungen in der Mazoja bei Brünn.

Der unterirdische Lauf der Punkwa zur Gänze gefunden.

Am vergangenen Sonntag gelang es Prof. Absolon und seinen Mitarbeitern, in den Höhlen der Mazoja bei Brünn die letzte Verbindung der unterirdisch fließenden Punkwa mit der Mazoja zu finden. Die in den letzten Tagen einsehenden Ueberforschungen haben die Forschungsarbeiten sehr erschwert. Durch Erweiterung der Pumpenanlage gelang es aber, das Wasser auszusaugen und den Weg für die Forscher freizumachen. Die Forschungsarbeiten sind damit beendet und es wird nun daran gegangen werden, den ganzen Lauf der Punkwa auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Maskeierte Räuber.

Prag, 6. Feber. Ein frecher Raubüberfall, der stark an amerikanische Vorbilder erinnert, hat sich heute nachmittags in der Revolutionsstraße ereignet. Drei maskeierte Männer drangen kurz nach vier Uhr in die Prager Verkaufszentrale der Firma „Deli“, in der Zwischengeschloß des Hauses Nr. 4 in der Revolutionsstraße untergebracht ist, ein und raubten 2000 Kronen.

In den Büroräumlichkeiten arbeiteten drei Beamte. Einer von ihnen öffnete einem maskeierten Mann auf sein Läuten die Tür; dieser zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver, noch zwei Maskeierte eintreten zu lassen. Die Räuber stießen die Tür zu dem Arbeitsraum auf, trieben die Beamten in eine Ecke und zwangen sie, die Kassenschlüssel herauszugeben. Bevor sie jedoch die Kasse öffneten, durchschnitten sie die Telephonleitung. Während einer der Räuber die Beamten, die mit erhobenen Händen stehen bleiben mußten, bewachte, öffneten die übrigen zwei die Kasse und entnahmen ihr etwa 2000 K. Nachdem sie noch die Schreibtische und Schubladen nach Geld durchsucht hatten, verließen sie das Büro. Sie sperren die Türe ab; vor die Wohnungstür, zu der sie keinen Schlüssel fanden, legten sie ein Vorhängeschloß, das sie zu diesem Zweck mitgebracht hatten.

Die Räuber, die sich nur etwa zehn Minuten in dem Büro aufgehalten hatten, hatten das zweite Büro, wo die Hauptkasse steht, und in der ein viel größerer Betrag als in der ausgeraubten Kasse lag, nicht beachtet.

Ein Raubüberfall in Prag.

Am Abend des 4. Feber klopfte an einem Fenster des Häuschens der Frau Karla Brtchei, Prag, Vrsovice-Jahradky, Block E, Kat.-Nr. 72, ein unbekannter Mann an und verlangte Einlaß. Zuerst führte er als Grund seines Besuches an, er bringe für den Gatten eine Harmonika und bat dann, als ihm die Frau nicht öffnete, um eine Schale Kaffee und ein Stück Brot. Daraufhin wurde ihm Einlaß gewährt. Als der Mann beim Essen saß und ihm die Frau einen Augenblick den Rücken kehrte, stürzte er sich auf die Frau, warf sie auf das Bett und würgte sie. Frau Brtchei gelang es aber, sich aus den Händen des Mannes zu befreien und um Hilfe zu rufen, worauf der Angreifer die Flucht ergriff. Die polizeiliche Untersuchung stellte fest, daß es sich um einen gewissen Anton Vonek, 1910 in Prag im Bezirk Brandbys, geboren, der auch als Deserteur gesucht wird, handelt. Der Täter trägt einen blauen Anzug ohne Ueberrock und Hut. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

„Militärische Geheimnisse“ in Oesterreich?

Verhaftungen wegen Spionage.

Wien, 6. Feber. Wie die „Sonn- und Montagszeitung“ meldet, machten die militärischen Behörden in der letzten Zeit die Beobachtung, daß militärische Geheimnisse in die Hände einer ausländischen Macht gelangt sind. Auf Grund von Ueberwachungen konnte der Verdacht auf einige

Personen beschränkt werden. Es wurde ein Telegraphist der Heeresverwaltung in Wien verhaftet. Gleichzeitig mit ihm wurden noch einige Personen in Gwahrnam genommen. Die Gerichte haben die Vorbedingungen eingeleitet. Im Interesse der Untersuchung ist die Angelegenheit bisher streng geheim gehalten worden. Wie das zitierte Blatt weiter meldet, haben sich die Spione des Chiffrenschlüssels bemächtigt, der bei der telegraphischen Verständigung der einzelnen militärischen Stellen in Oesterreich in Verwendung stand.

Doch Brandstiftung auf der „Atlantique“?

Paris, 6. Feber. „Matin“ beschäftigt sich heute wiederum mit der Frage, was die Ursache des Brandes auf der „Atlantique“ gewesen sei. Obwohl die vom Ministerium für die Handelsmarine eingesetzte Untersuchungskommission seinerzeit zu der Schlussfolgerung gekommen war, daß allem Anscheine nach der Brand des Ueberseedampfers „Atlantique“ durch Kurzschluß verursacht worden sei, ist, wie das Blatt erklärt, die unter Leitung des Direktors des Seehafenamtes von Bordeaux stehende Kommission zu dem Schlusse gekommen, daß der Brand der „Atlantique“ unbedingt auf einen Sabotage-Akt zurückzuführen müsse. Die Angelegenheit sei nunmehr der Staatsanwaltschaft in Bordeaux zur weiteren Untersuchung übertragen worden.

Uebernormale Temperatur. Die Nachmittags-temperaturen erreichten Sonntag in der ganzen Westhälfte des Staates und in den Niederungen plus 10 bis plus 13 Grad Celsius. Auch auf den Bergen herrschte Tauwetter und die Schneedecke hat auch in den höheren Lagen bedeutend abgenommen. Im äußersten Osten der Republik ist die Erwärmung nicht eingedrungen. In der Ostslowakei und in Karpathenland betrug die Temperaturen Montag früh noch rund Null Grad. Der Zustuß warmer Luft an der Südküste der ozeanischen Druckdepression wird bei uns voraussichtlich den Frostbestand ubernormaler Temperaturen veranlassen. Die Temperaturen in Prag betragen gestern: Am 8 Uhr plus 8,6, das Minimum der letzten Nacht plus 7,9 Grad. Wahrscheinliches Wetter heute: Unbeständig, ohne größere Niederschläge, relativ warm, Wind aus westlichen Richtungen.

Eisgang auf der Moldau. Die oberhalb Prag angefallenen Eismassen sind im Laufe des Montagvormittags abgegangen und das Wasseriveau ist ausgeglichen. Der Wasserstand auf der Moldau und ihren Nebenläufen erfuhr keine bedeutenderen Änderungen, er befand sich größtenteils inmäßigem Sinken oder ist gleichgeblieben. In Prag ist vorläufig ein Steigen der Moldau nicht zu erwarten. Die Mittel- und Unterelbe werden noch steigen. Der Wasserpiegel der Elbe ist bereits in dauerndem Sinken. Das Hochwasser erreicht vorläufig keine katastrophale Höhe.

Verhaftung der Pardubitzer Eindrehler. Samstag abends verhaftete die Polizei in Pardubitz die Täter des Einbruches in die Logerräume der Firma Vratki Zimundovs-Prag, Pardubitz, Prager Gasse, wo in der Nacht zum 2. Feber große Mengen Triebstoffe entwendet wurden. Es handelt sich um Josef Stiel aus Jelanany,

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen-Mittheilung:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 15.15: Orchesterkonzert. 17: Marionettentheater. 18.30: Deutsche Sendung: Bericht vom Arbeitsmarkt. Arbeiterfunk: Wichtig: Neue wertvolle Bücher. — Brünn: 18.35: Deutsche Sendung: Dr. Stroeder: Die Entwicklung der Aquaristik. 19.30: „Solome“, Oper von Strakosky. — Berlin: 15.30: Volkslied-Duette. 18: Violinmusik. — Rühlgaden: 22: Marionettentheater. — Königsberg: 18.30: Lieberstunde. 20: „Die Hochzeit des Figaro“, Oper von Mozart. — Leipzig: „Die Wälderstein“, Operette. — München: 19.35: Chorgefang. 21: Orchesterkonzert. — Wien: 19.35: Uebertragung auf der Staatsoper. 22.15: Barockmusik.

Walbert Paska aus Jesenik und B. Kuzel aus Pardubitz. Die Eindrehler haben ein Geständnis abgelegt.

Die gefälschte Stadtgeburt. Das freundliche kleine Industriestädtchen Barchfeld im Werra-Tal wollte im kommenden Sommer mit Festspiel und Festzug, Rummel und Tanz die Feier seines tausendjährigen Bestehens begehen. Die Vorbereitungen waren bereits in vollem Gange — als sich plötzlich herausstellte, daß die die Stadtgeburt bestätigende Urkunde mit der Unterschrift Konrads I. die raffinierte Fälschung eines mittelalterlichen Mönches darstellt. Der geistliche Fälscher hat bei seiner Arbeit im Auftrag eines Herrschers der Abtes gehandelt. . . Das Barchfeld-Fest findet indessen trotz der peinlichen Entdeckung statt, nur aber nicht mehr als Tausendjahrfeier.

Zwei Selbstmorde in Pilsen. Am Sonntag ereigneten sich in Pilsen neuerdings zwei Selbstmorde. In einem hiesigen Gasthaus erschog sich mit einem Trommelrohler der 23jährige Angestellte der elektrischen Unternehmungen Radl Wraz und auf einem Felde in einem Borort Pilsens verübte der 40jährige Postangestellte Wenzel Paska Selbstmord durch Erhängen. Im ersten Falle war Krankheit der Grund des Selbstmordes. Insgesamt haben sich in Pilsen in der vergangenen Woche fünf Selbstmorde ereignet.

König Alfons läßt sich in Florenz nieder. Aus Florenz wird mitgeteilt, daß der ehemalige spanische König Alfons XIII. sich nach seiner Rückkehr von der Jagd auf Ceclon mit seiner Familie in Florenz ständig niederzulassen beabsichtigt. Der ehemalige spanische König, der jetzt in Fontainebleau weilt, hat bereits eine Villa in Arcetri bei Florenz angekauft.

Kriegsbeschädigten-Kassa ausgeraubt. Sonntag nachts raubten unbekannte Täter die Kasse im Amtsraum des Kriegsbeschädigtenamtes in Uzhorod aus. Sie erbeuteten 4000 K. Die Räuber sind spurlos verschwunden.

Warschauer Professor von Studenten niedergeschlagen. Im Hofe der Warschauer Universität wurde am Montag der Professor der Altertumskunde Walek-Czarnacki von einer Gruppe von Hochschülern überfallen und durch Stockhiebe mißhandelt. Die Täter konnten bisher nicht festgenommen werden. Dem in ärztliche Pflege genommenen Professor stattete Unterrichtsminister Jermolowicz einen Besuch ab und sprach sein Bedauern über den Vorfall aus. In einem Presseinterview erklärte der Unterrichtsminister, daß Professor Walek-Czarnacki zweifellos das Opfer eines Ueberfalles seitens nationaler Hochschüler geworden ist. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Freiwilligkeit für Prager deutsche Hochschüler. Angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen Notlage unter den Prager deutschen Hochschülern hat der akademische Wirtschaftskörper „Verein Deutsche Studentenvereine“ neuerdings für das Sommersemester eine Freiwilligkeit ausgeschrieben, durch welche unbemittelte Hochschüler mit freien Mitteln bereit werden. Besuche um Beteiligung sind bis spätestens Dienstag, den 28. Feber 1933 auf den vorgeschriebenen und mit Mittellosigkeits- sowie Prüfungszeugnissen belegten Gesuchformularen in der Vereinskanzlei Prag II, Krakowka 16 einzubringen. Die näheren Auskünfte sind aus den Anschlägen am schwarzen Brett in den verschiedenen Hochschulgemeinden zu ersehen. Die notwendigen Gesuchs- und Mittellosigkeitsformulare sind in der Vereinskanzlei oder bei den Studentenheim-Portiers erhältlich. Unvollständig belegte oder verspätet eingebrachte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Meuterer entführen ein Kriegsschiff.

Neue Rebellion in Niederländisch-Indien.

Haag, 5. Feber. Von den in Niederländisch-Indien stationierten holländischen Flottenstreitkräften ist die Mittelung eingelaufen, daß auf dem Panzerkreuzer „Jeben Provincien“ eine Meuterei unter den eingeborenen Matrosen ausgebrochen ist. Während der Kommandant des Schiffes im Hafen von Dieh-ich (Nord-Sumatra) mit der Mehrzahl der Offiziere und der europäischen Mitglieder der Besatzung an Land ging, überwalligten die eingeborenen Korporale und Matrosen die neun zurückgebliebenen Offiziere, worauf sie mit dem Schiff den Hafen verließen und in See gingen. Der Kommandant des Schiffes begab sich mit dem übrigen Teil der Besatzung sofort an Bord des Regierungsdampfers „Aldebaran“, mit dem die Verfolgung des Kreuzers aufgenommen wurde.

Der Panzerkreuzer setzt seine Fahrt weiterhin längs der Westküste Sumatras in südlicher Richtung fort. Er hat vor dem „Aldebaran“ einen

Vorsprung von etwa drei Stunden. Der „Aldebaran“ hat Anweisung erhalten, dem Panzerkreuzer stets in einer Entfernung von 5 Seemeilen zu folgen.

Nach einem Junkspruch sind die Meuterer bereit, 24 Stunden vor der Ankunft im Flottenstützpunkt Sorabaja den Kommandanten und den restlichen Teil der Besatzung mit den üblichen Ehrenbezeugungen wieder an Bord zu nehmen. Gleichzeitig ist von der „Jeben Provincien“ ein Junkspruch abgegangen, der an die Welt-Presse gerichtet ist. Darin heißt es, daß das Vorgehen der Besatzung als Protest gegen die ungerechtfertigte Besoldungskürzung und als Vergeltungsmaßnahme für die Verhaftung zahlreicher Matrosen, die gegen die Besoldungskürzung protestiert hatten, aufzufassen sei. An Bord der „Jeben Provincien“ sei alles ruhig. Es habe keine Verwundeten gegeben.

PRAGER ZEITUNG.

Der Bau der Jirásek-Brücke in der Zentralvertretung. Der in technischer und finanzieller Beziehung viel umstrittene Bau der Jirásek-Brücke war Gegenstand des Programms der gestrigen Stadterweiterungssitzung. Der Referent, Genosse Kellner, führte die in der Öffentlichkeit erhobenen und von den Fraktionisten in demagogischer Weise ausgeschroteten Vorwürfe auf das richtige Maß zurück und wies u. a. darauf hin, daß die Brücke um zehn Monate früher, als dies projektiert war, dem Verkehr übergeben werden konnte. In den bereits bewilligten Ausgaben von 33 Millionen Kronen wurde die Aufwendung von weiteren 7 Millionen, zusammen 40 Millionen Kronen, bewilligt.

Der landwirtschaftliche Grundbesitz der Stadt Prag. Die gestrige Sitzung der Stadterweiterung von Groß-Prag befaßte sich mit der Verpachtung der städtischen Großgrundbesitze in Běchovice, Beberov und Radvitz. Die Vergabe der beiden erstgenannten Höfe erfolgte im Sinne des Antrages des Stadtrates an die meistbietenden Offerten. Die Verpachtung von Radvitz sollte nach dem Antrage des Stadtrates an ein ehemaliges Mitglied des Stadtrates und der Stadterweiterung, Prof. Zentzel, erfolgen. Die tschechischen Genossen stellten einen abweichenden Antrag mit der Begründung, daß Zentzel der Stadt feinerzeit einen langwierigen Prozeß angehängt hat. Sie beantragten die Verpachtung an die Radvitzer Wollerei. Die Abstimmung führte zu keinem Ergebnis, da weder der Antrag des Stadtrates noch derjenige der tschechischen Genossen die notwendige qualifizierte Mehrheit erhielt. Für den Antrag der tschechischen Genossen, der insbesondere dem Schutz der Angehörigen diente, stimmten außerdem die Vertreter unserer Partei, die Kommunisten, die Deutschbürgerlichen und die Ligisten.

Der Neubau der Urania. Nach dem Regierungsplane soll die Klementzasse breiter werden. Den Teil der Bauplatze, welcher auf die Erweiterung der Gasse entfällt, hat die „Urania“ der Stadt Prag verkauft. Es handelt sich um circa 34 Quadratmeter, deren Ankauf zu 1200 Kronen für einen Quadratmeter die Stadterweiterung gestern einstimmig genehmigt hat.

Arbeitsgemeinschaft, 2. Kurs.

Heute spricht Genosse Dr. Franzel über „Kulturprogramm des Sozialismus“. (Linger und tschechisches Parteiprogramm). 20 Uhr — Dobrový dům — Studentenheim.

Gerichtssaal

Ein Briefmarder im Zisterner Postamt.

Antisozialer — Freispruch.

Prag, 6. Februar. Die erste Schwurgerichtsperiode wurde durch eine Anklage wegen Mißbrauch der Amtsgewalt eröffnet. Den Vorsitz führte ODR Heltzigel. Angeklagt war der 53jährige Postangestellte Wenzel Douda, der auf dem Zisterner Postamt mit der Sortierung der Briefpost beschäftigt war. Schon seit mehreren Monaten waren Beschwerden und Klamationen bei diesem Postamt eingebracht worden, die das Verschwinden von Briefen betrafen, denen Geld beigelegt war. Der Sicherheitsdienst der Polizeidirektion sahende lange Zeit vergeblich nach dem Briefmarder. Schließlich konzentrierte sich der Verdacht auf den Sortierer Douda, dessen Ueberführung durch eine Art Ueberrumpelung gelang. Man berief ihn eines Tages plötzlich dringend in die Vorhandlung und nahm dort eine Taschenrevision vor. Dabei wurden in den Taschen Doudas vierzehn Briefe vorgefunden.

Douda legte ein Geständnis ab, das dahin lautete, er habe schon seit Februar 1932 regelmäßig per Monat drei bis vier Briefe beiseite gebracht, in denen er Geld vermerkte. Diese Briefe öffnete er dann zuhause in vorsichtiger Weise. Hand er kein Geld darin, so ließe er sie wieder zu und warf sie in den nächsten Briefkasten. Wenn die Briefe aber Geld enthielten, pflegte er sie, nachdem er sich die Geldbeträge angeeignet hatte, zu vernichten. In einzelnen Fällen aber hatte er auch solche Schreiben nach erfolgter Ausplünderung wieder verschlossen und sie den Adressierten zugahen lassen, wodurch es in einzelnen Fällen zwischen Absender und Empfänger zu ärgerlichen Mißverständnissen kam da die Ersteren natürlich das als beilegend angenommene Geld vergeblich suchten. Douda gibt an, er habe monatlich auf diese Art etwa 70—80 K erbeutet. Die wahre Höhe des Gesamtschadens ließ allerdings nicht fest. Soweit sich die Beschädigten gemeldet und über die Höhe der beiseite genommenen Beträge abgefragt haben, können die Beträge im Einzelfall zwischen 20 und 100 K.

Da der Angeklagte in früheren Jahren auf dem Wilsonbahnhof einen Unfall erlitten hat, der eine Gehirnerschütterung zur Folge hatte, und in der Folgezeit mehrfach Krämpfe erlitten, wurde dem Untersuchungsrichter ein psychiatrisches Gutachten eingeholt, welches ihn als schuldlos erklärt. Der Angeklagte erklärte die Geschworenen erkannten nach langer Beratung den

Angeklagten nur mit sechs Stimmen schuldig, während zur Verurteilung acht verurteilende Stimmen notwendig sind. Demgemäß fällt das Gericht einen Freispruch.

Kunst und Wissen

Um die Subventionierung des Prager Deutschen Theaters.

Die Direktion des Prager Deutschen Theaters hat im Hinblick auf die noch nicht gefällte Lage der Subventionierung des Theaters durch Staat und Land am 31. Jänner die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage sei, die Verträge mit den Mitgliedern zu erneuern, und hat sämtlichen Mitgliedern (mit ganz wenigen Ausnahmen) die vorläufige Nichterneuerung ihrer Verträge bekanntgegeben. Wir haben im Interesse des Theaters und im Sinne der eingeleiteten Aktion des Prager Kolalverbandes des Bühnenbundes bisher von diesen Dingen und ihrer bisherigen Wirkung keine Mitteilung gemacht; hingegen sind sie aber durch ein anderes Prager Blatt der Öffentlichkeit bekannt geworden, so daß also weiteres stilles Abwarten unseinerseits sinnlos wäre. Drum teilen wir weiter mit: Mit Rücksicht auf die durch die Direktion geschaffene Lage fand in der Vorwoche eine Plenarversammlung des Prager Kolalverbandes der Bühnengewerkschaft statt, die ihren Ausschluß beantragte, der Direktion die Sperre anzukündigen, falls nicht sofort die möglichen Sicherheiten für die Mitglieder geboten würden. Daraufhin nun hat Direktor Dr. Eger erklärt, daß er selbstverständlich in der Zeit bis zur Klärung der Subventionsfrage weder Engagementsspiele veranstalten noch Engagementverhandlungen mit wem immer pflegen werde.

Wie wir erfahren, bestehen wohlbegründete Ansichten dafür, daß die Frage der Subventionierung in der aller nächsten Zeit günstig gelöst wird und damit auch die Voraussetzung dafür geschaffen werden wird, daß 400 Menschen mit ihren Familien aus der Existenzsicherheit befreit und nicht brotlos werden.

Carmen.

Diese Reinszenierung und Reinszenierung am Deutschen Theater löst sehr gemischte Gefühle und Urteile aus.

Kennen wir erst die trohen und erfreulichen Das geistreiche Theaterinteresse hat auch an dieser „Carmen“ neue Nahrung gefunden; die Führung am Pult, vor zwei Jahren erst eine ausgezeichnete Leistung, liegt jetzt in den Händen Kapellmeister Rudolfs, der mit Erfolg Kraft, Schwung und Wärme entwickelt; ein eigener Gastregisseur hat diese Aufführung inszeniert; Birchon hat neue (allerdings nicht einwandfreie) Bühnenbilder geschaffen; die Carmen sang, in der ersten Vorstellung, Frau Karin Branzell aus Berlin, prachtvoll in der Erscheinung, überzeugend in der Darstellung, Besitzerin einer großen, vorbildlich geführten, ausdrucksreichen Altstimme; ungewöhnlicher Erfolg im ersten Akt; leider begannen bei der Sängerin schon im zweiten Akt starke Ermüdungserscheinungen sich bemerkbar zu machen, die den vorzüglichen Gesamteindruck doch wesentlich trübten. Frau Branzells Kollege von der Berliner Staatsoper, Herr Großmann, unter (wie soll man das nennen?) kurzfristiger Dauerhaft, stellte einen gesanglich und darstellerisch durchaus ebenbürtigen Escamillo auf die Bühne, Fräulein Rohne, die die Micaela von jeher zu ihren besten Partien zählt, hatte einen ganz ausgezeichneten Abend — wir haben ihre Stimme schon lange nicht so voll und edel ausströmen gehört. Wenn wir dann noch die tönende Mercedes Frau Sillens, die vollkommene Schmetterling Hey's und mit besonderer Dankbarkeit (ein Bravo dem Kapellmeister Schmidt!) die Chöre erwähnen, unter denen wieder besonders die Frauen brillierten, sind wir mit der Aufzählung dessen, was uns an dieser „Carmen“-Aufführung erfreute, zu Ende.

Das Betrübliche: der Ton Jolá Herrs Rakts, von dessen im Vorjahr gerühmten Vorzügen bei der Behandlung dieser Partie Sonntag fast nichts in Erscheinung trat; zwei oder drei knallige Höfentöne, das ist denn doch zu wenig und schafft keinen Ausgleich für mangelnde Rituelage, für eine recht naturalistische, wenig vornehme Singweise, für einen schweren Schweiß und für eine teils unzulängliche, teils übertriebene Darstellung. Praxenita (Schöner), Janiga (Höflich) und Morales (Hotter) laugen durchaus unbefriedigend.

Und man die Regie! Herr Ehrhardt (der mit Reinhardt nicht nur die zweite Kammertheatergemeinschaft zu haben scheint) würde es schwer haben nachzuweisen, wo ein linearer Zusammenhang zwischen seiner Regiearbeit mit dem dramatischen Inhalt und dem Geist der Bizet'schen Musik zu finden sein soll. Eine Menge mehr oder weniger akzeptabler Einfälle im Reuehellen machen noch keinen Regieausdruck aus, den man dem Publikum als Spezialität vorführen dürfte; es wäre wichtiger, daß der Zuschauer natürlich sich bewegte und länger, als daß die Kleinen sich gezwungen neben die Soldaten lauern, deren Wirkung wieder kaum dadurch erhöht wird, daß der Regisseur anstehend in die Geheimnisse des spanischen Exzerziments einzudringen bewährt war; und die diversen Realismen im ersten Akt wiegen durchaus nicht die Richtigkeit auf, die sich schon im Zweiten Akt bemerkbar machte; wobei die Tatsache, daß die verwundete Plazencita-Acterin nun auch vorgeführt wird, noch der Einfall, der

Micaela im zweiten Akt einen Bergführer beizugehen, noch auch das Pferd, auf dem Escamillo in die Arena reitet, bereichern die Oper; und wir verzichten darauf, daß im wahren Gebirge wirklich jeder „falsche Tritt“ zum Abgrund zu führen scheint, wenn die Gefahr besteht, daß die Sänger sich dabei den Hals brechen! Kurzum: das Ergebnis dieses Regieplans scheint uns in keinem Einklang mit den Kosten zu stehen, die dadurch erwachsen sein dürfen und zu denen noch hinzukommen: das Honorar für die Carmen (unsere Sozialistin, Frau Thorberg, wurde „indisponiert“ gemeldet, dürfte aber über die Partie noch nicht disponiert haben); das Honorar für die Tänzerin Milka Kachetova, die eine doch zu slavische Note nach Sevilla brachte; das Honorar ferner für den Tancalco — wozu haben wir denn überhaupt einen Tenorbuffo im Haus? Und schließlich bezogen wir so in Herrn Eger einen sehr guten Escamillo — aber die Gastverträge müssen eben realisiert werden. Das gibt zwar viel Abschlag und oft (wie auch in dem Falle Grechmann) wertvolle künstlerische Leistungen, aber alle Vorzüge und Notwendigkeiten einer festen Ensemblewirtschaft gehen dabei verloren. Auch künstlerisch! Denn einen geschlossenen, harmonischen Eindruck hat diese „Carmen“-Aufführung nicht hinterlassen! L. G.

Clemens Krauß, der Direktor der Wiener Staatsoper, war Sonntag abends in einem Abonnementkonzert des Radios als Gastdirigent am Pulte der Tschechischen Philharmonie erschienen; mit einem lang abgewogenen symphonischen Programm, dessen erste Hälfte Anton Dvořaks prächtiger, musikerfüllter Sinfonie in e-moll „Aus der neuen Welt“ diente, während im zweiten Teile Debussys „Majolyde“ (als Uraufführung), Kavelas „Bolero“ und Richard Strauss' symphonische Dichtung „Don Juan“ geboten wurde. Debussys einflussreiche „Majolyde“ ist für Solo-Saxophon und Orchester komponiert (in der ursprünglichen Fassung für Solo-Klarinette) und repräsentiert Debussys Klanggestaltungskunst in schmelziger Weise; über der glühenden und schillernden Orchesterleitung erhebt sich die bischöfliche, bald sentimentale, bald groteske Weise des Saxophons, das in seiner wimmernden Klangfarbe mehr modern-origines als edel-musikalisch wirkt, so daß man versucht ist, den Bericht der Klarinettenstimme zu bedauern. Clemens Krauß als Dirigent des Abends verfaß kein Amt ehrenvoll und gewissenhaft, mehr auf das äußere Bild seiner Erscheinung bedacht als innerlich von seiner Aufgabe erfüllt. Am meisten spürte man dies in der Hinsicht, daß schon abgetönten, aber gefühlsmäßig wenig betonten Wiedergabe des wunderbaren „Largo“ Tages der amerikanischen Sinfonie Dvořaks. Den höchsten Erfolg erzielte er mit dem „Bolero“ Kavelas, dieser raffiniert-virtuosen, aber reichlich gedankenarmen Orchester-Pastorale. E. A.

„Rannivertan“, ein Schauspiel von Rudolf Hůch, wurde Samstag in der Städtischen Bühnerei durch Walter Tausch zum Vortrag gebracht; Veranstalter des Abends war der Literarisch-künstlerische Verein. Auch will in der Gestalt des Rannivertan den Typus des empfindsamen und in neuester Zeit verlorenen Intellektuellen zeichnen. Abgesehen von einigen plotförmigen Szenen bleiben aber die Gestalten des Dramas, den Helden eingeschlossen, eben das, was sie nach einer einleitenden Predigt des Herrn Hůch nicht sein sollen: journalistische Figuren und literarische Figuren. Das Schicksal des Rannivertan ist keineswegs typisch, sondern ein sehr verwirrt Einzelall. Was weiß am Ende überhaupt nicht, ob das ganze nicht nur eine physische Studie und der geistliche Intellektuelle nicht einfach ein Schizophrener ist. Soweit politische Fragen gestellt werden, geschieht es mit der ganzen Mittelmäßigkeit des Literaten. — Tausch las das Drama mit erschütternder Gestaltungskraft, er ließ eine Fülle von Personen, soweit der Text sie überhaupt lebensfähig macht, in ihren Belohnungen vor uns stehen und erweckte sich als ein Märker des Podiums, wie es unter seinen Kollegen wenig geben dürfte. Die Weinschale sollte er — ob zu ihm nur als „künstlerische Akzente“ dient, oder ob er sich wirklich einbildet, ihr Inhalt behalte seine Schaulustkraft — auf jeden Fall denken wie dem Kuh überlassen. Er hat sie sicher weder als Stimmungsmachendes Requisite noch als Stimulans nötig! fr.

Ein Todesfall im Prager Deutschen Theater. Am Samstag erlag der Souffleur Bruno Kuchta in seiner Prager Wohnung einem Schlaganfall. Herr Kuchta war von Direktor Dr. Eger mit Beginn der laufenden Spielzeit nach Prag engagiert worden, nachdem er sich zuletzt in Wiesbaden den Ruf eines außerordentlich befähigten Opernsouffleurs erworben hatte, als welcher er auch in seinem Prager Engagement hochgeschätzt wurde.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, 7 Uhr: „Aida“ (A 1). — Mittwoch, 7.30 Uhr: „Orpheus“ (B 2). — Donnerstag, 8 Uhr: „Ein Rastergatte“ (A 3). — Freitag, 7.30 Uhr: „Rädherrn Jahre einer Adligen“, Uraufführung (B 2). — Samstag, 6.30 Uhr: „Die Weisheitsfänger von Nürnberg“ (A 3).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Dienstag, 8 Uhr: „Ein Rastergatte“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Salon Fingelberger“. — Die schöne Galathee“ (Santbeantenn II). — Donnerstag, 8 Uhr: „Vor Sonnenuntergang“ (Kulturverbandstheater). — Freitag, 8 Uhr: „Salon Fingelberger“. — „Die schöne Galathee“. — Samstag, 7.30 Uhr: „Palais Royal“, Uraufführung.

Vorträge und Veranstaltungen

Ueber sozialistische und kapitalistische Wirtschaftsauffassung spricht Gen. Dr. Polamentir am Donnerstag, den 9. Februar, um halb 8 Uhr für die Jugendgruppe im Einheitsverband der Prager getellten, Prag II, Jungmannova 24. Jugendlieb befremdeten Organisationen willkommen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bürgerlicher Sport.

Standal im Winterstadion.

Eishockey zum Abgewöhnen!

Samstag und Sonntag gastierte im Prager Winterstadion die amerikanische Eishockeymannschaft: Massachusetts Rangers und trug Spiele mit dem LTC aus. Sie waren keine Offenbarung sportlichen Adrians, sondern sie waren Vorführungen beispielloser Exzesse, die geradezu fanatischen Wüthall bei den Zuschauern — die die Heimischen in nicht mißzuverstehender Weise in ihren Auswahlen noch besärfen — fanden. Wie oft hört und liest man, daß der bürgerliche Sport mit zur Völkernäherung beiträgt. Die Vorfälle bei diesen zwei „Kämpfen“ beweisen abermals, daß zwischen Theorie und Praxis in dieser Beziehung ein sehr krasser Widerspruch besteht. Die Spieler zeigten während des ganzen Kampfes am Samstag wie am Sonntag eine Reihe von monotonen, oft lebensgefährlichen Unsportlichkeiten; unfähige Schiedsrichter, die die Heimischen mehr gewöhnen ließen als die Amerikaner, und eine Arena wildgewordener Menschen vervollständigen das häßliche Bild bürgerlicher sportlicher Erziehung. Samstag ging sogar ein Zuschauer mit Stockbägen gegen die Amerikaner vor, als diese eine „Auseinandersetzung“ mit den Heimischen hatten; Sonntag wieder wurde einer der Prager so getrempelt, daß er über die Barriere in den Zuschauerraum flog. Die Prager Schiedsrichter schlossen wohl sehr schnell und auch sehr reich Spieler aus, aber die Amerikaner waren bei ihnen die „Heldinnen“ — denn diese hatten manchmal drei bis vier Leute auf dem Eis und trotzdem gelang den Prager nichts; sie wurden an beiden Tagen geschlagen. 1:0 lautete immer das Endergebnis für die Amerikaner, deren Beteiligung nicht bezwungen werden konnte.

In zehn zwei Wochen beginnen in Prag die Eishockey-Weltmeisterschaften, für die diese beiden Spiele keine Propaganda darstellen.

Internationales Eishockey. Prag: LTC gegen LTC. — Paris: Frankreich gegen Desterreich 3:2 (Samstag).

Die Europameisterschaften im Eisschnelllaufen, die in Wiborg ausgetragen wurden, endeten mit dem Gesamtsieger des Norwegers Ballangrud mit 205,76 Punkten vor den Finnen Wolonius und Joananen.

Die Tischtennis-Weltmeisterschaften wurden Sonntag abends in Boden bei Wien mit den Eisschnellläufern beendet. Bei den Männern blieb im Einzel der Ungar Barna siegreich, der Adolf (Tschekow) 3:1 schlug und auf den 2. Platz vertrieb. Das Frauen-Einzel war eine ungarische Angelegenheit und siegte Sipos vor Mednau. Im gemischten Doppel blieb das Paar Mednau-Kelen (Ungarn) vor Gal-Glantz (Magyar) siegreich.

Weitere Fußball-Ergebnisse. Prag: Bohemians gegen Ruzsity 2:1 (4:1). Teplice: 1:1. Prost gegen DZL. Koblou 5:0 (1:0). — Karlsbad: RFA gegen Spvts Turn 5:1 (3:1). — Frankfurt: Ungarn gegen Süddeutschland 1:1 (3:0). — Berlin: Trodenier 2:0 gegen Berlin 2:2 (1:2). — Nürnberg: 1. FC gegen 1890 München 2:0. — Kaiserslautern: 2:0. — Tübingen gegen FC 1:0. — Dresden: Barmbecker FC gegen Ring-Streiling 2:1 (2:0). — Villingen gegen Ring-Streiling 1:0 (1:0).

Elavia gegen Sparta 1:3 (2:1). Am Sonntag des Wintersports fand Sonntag auf dem Sportplatz die Begegnung der beiden Klubs statt. Das Spiel entschied die schlagkräftigere Sturmreihe der Elavia sowie deren Torhüter Hanika. Bei der Sparta bestrich die Angriffsreihe in einer Unsauberkeit, wie auch das Zielhüter verhalten, unzufrieden arbeitete.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend!

Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Konkurs.

Bei der Bezirksbankversicherungsanstalt Kapilly gelangt die Stelle eines

Amtsarztes

unter den Bedingungen, die in den von der Zentralsozialversicherungsanstalt in Prag für den amtlichen Dienst herausgegebenen Richtlinien enthalten sind, zur Besetzung. Bewerbungen werden ausschließlich mit Praxis in der Elektrotherapie.

Dem Ansuchen ist ein kurzes Curriculum vitae beizufügen und außerdem sind die Schulzeugnisse bekanntzugeben. Ordnungsgemäß besiegelt Besuche sind bis längstens 20. Februar 1933 bei der Amtsverwaltung einzubringen.

1886 Bezirksbankversicherungsanstalt Kapilly